

Ständige Publikumskonferenz e.V.
Frau Maren Müller

München, 05. Oktober 2023

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14. September 2023 an das Gremienbüro des Bayerischen Rundfunks, das am 18. September 23 bei uns eingegangen ist. Gremienbüro und Intendanz haben mich gebeten, Ihnen als verantwortlicher Programmdirektor Information zu antworten.

Ihre Beschwerde bezieht sich auf eine Recherche des Bayerischen Rundfunks über die Schwierigkeiten, bei Corona-Impfschäden Entschädigung zu erhalten. Nach Rücksprache mit der zuständigen Redaktion kann ich Ihnen versichern, dass bei dieser Recherche gründlich und sorgfältig die Faktenlage recherchiert wurde und ich hier keinen Verstoß gegen die journalistische Sorgfaltspflicht erkennen kann.

In der Recherche, auf die Sie sich in Ihrer Beschwerde vom 13. August 2023 beziehen, wird der harte Kampf um Entschädigung bei einem mutmaßlichen Corona-Impfschaden dargestellt. Ergebnis unserer Recherche ist, dass es mitunter schwer ist, bei den zuständigen Versorgungsämtern einen solchen mutmaßlichen Impfschaden geltend zu machen; ebenso vor Gericht.

Sie kritisieren in Ihrem Schreiben die Aussage der Redaktion, dass Impfschäden offenbar „sehr selten und Einzelfälle“ seien und nur „ganz wenige“ bleibende Schäden davontragen würden.

Ingo Lierheimer hat Ihnen als verantwortlicher Redakteur bereits in seinem Antwortschreiben vom 23. August 2023 erläutert, wie die Redaktion zu diesen Feststellungen gekommen ist. Grundlage sind die Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), das Verdachtsmeldungen zu Impfkomplicationen und auch zu schwerwiegenden Impfnebenwirkungen registriert. Das PEI weist aber ausdrücklich darauf hin, dass es nicht tatsächliche Impfschäden erfasst, sondern nur Verdachtsmeldungen. Deshalb hat auch der BR die aktuelle Zahl der Anträge auf Entschädigung bei den Versorgungsämtern recherchiert und ins Verhältnis zu den Geimpften gesetzt. Daraus ergab sich die Einschätzung, dass Impfschäden nach aktuellem Kenntnisstand in Deutschland offenbar sehr selten sind.

In Ihrem aktuellen Schreiben verweisen Sie auf die WHO-Datenbank VigiAccess. Dort fließen die Informationen der jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörde ein, allerdings nach nicht einheitlichen Standards, wie die WHO in ihren FAQ mitteilt. Für Deutschland sind das die Daten des PEI. Diese haben Eingang in unsere Recherchen gefunden, wie oben dargelegt.



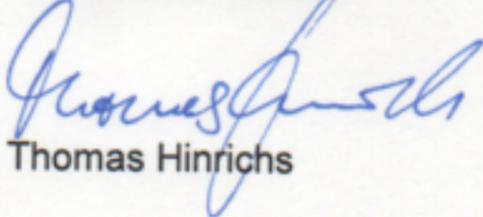
Auf der WHO-Seite heißt es ausdrücklich, dass in der Datenbank VigiAccess lediglich Verdachtsmeldungen dargestellt werden: „The information on this website relates to *potential* side effects ... but which may or may not be related to or caused by that product.“ Die WHO warnt ausdrücklich vor einer Fehlinterpretation der gesammelten Daten: Um einen Kausalzusammenhang zwischen Verdachtsmeldung und dem medizinischen Produkt herzustellen, bedürfe es der wissenschaftlichen Evaluation der verfügbaren Daten: „Confirming a causal link is a complex process that requires a thorough scientific assessment and detailed evaluation of all available data. The information on this website, therefore, *does not reflect any confirmed link* between a medicinal product and a side effect.“ <https://www.vigiaccess.org/>

In Ihrem Schreiben verweisen Sie auf unseren gesetzlichen Informationsauftrag. Dieser verlangt, sorgfältig und verantwortungsvoll mit Informationen umzugehen. Im vorliegenden Fall bedeutet das, Verdachtsmeldungen als solche zu benennen und die Aussagekraft dieser Daten einzuordnen. Das haben wir getan.

Dass wir als öffentlich-rechtliche Medien über den Kampf der Betroffenen um Entschädigung mutmaßlicher Impfschäden berichten, ergibt sich aus der Recherche, die zu Ihrer Beschwerde geführt hat.

Wir haben deshalb aus unserer Sicht unsere Pflicht als öffentlich-rechtliche Medienschaffende mit der nötigen Sorgfalt, Faktentreue und Aktualität zu berichten, vollständig und verantwortungsvoll erfüllt.

Freundliche Grüße



Thomas Hinrichs